

Kunstverein
Kunstausstellung
In Polen
unter der Ausstellung
bei Krupski (G. H. Ulrich & Co.)
Kreuzstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt u. Friedhofstraße 4;
in Grätz bei Herrn L. Steindorf;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Herde & Co.

Pozener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 641.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 14. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Ausgaben für Ausland
in Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Petersburg,
Rudolph Wissell
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Salzburg;
Haasenstein & Söhne;
in Berlin:
A. Fleiner, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Gebach.

1874.

Seite 2 Thlr. die jahrgesetzte Zeitschrift oder deren
Raum, Redaktion verhältnismäßig höher, sind an die
Ausstellung zu richten und werden für die am folgenden
Tag: Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 13. September. Der König hat den Professor an der Gewerbe-Akademie und bish. außerord. Prof. an der hiesigen Universität Dr. Karl Friedrich Rammelsberg, zum ord. Prof. an der hiesigen Universität ernannt.

Der bish. I. Kreisbaumeister Wilhelm Haupt zu Dels i. Schl. ist zum I. Bauinspektor ernannt und demselben die Bauinspektorstelle zu Bries verliehen, der bish. I. Landbaumeister Otto Bruns in Düsseldorf zum I. Bauinspektor ernannt und demselben die Bauinspektorstelle zu Trier verliehen, dem Civil-Ingenieur und Bau-Unternehmer F. Thiel in Breslau die Erlaubnis zur Auffertigung der generellen Vorarbeiten für eine normalspurige Sekundär-Bahn von Hirschberg über Warmbrunn, Hermendorf, Kynast und Petersdorf nach Schreibersdorf sowie von Hermendorf und Kynast über Seydorff nach Schreibersdorf ertheilt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Hannover, 13. Septbr. Der Kaiser, der Kronprinz und die Kronprinzessin des Deutschen Reichs und von Preußen sind heute Nachmittags 4 Uhr hier eingetroffen und haben, bei der Fahrt durch die feierlich geschmückten Straßen von sympathischen Burgen der Bevölkerung begrüßt, im Residenzschlosse Wohnung genommen.

Bonn, 13. Septbr. Zu den morgen hier beginnenden Unionskonferenzen von Theologen aller christlichen Bekennnisse ist bereits eine stattliche Anzahl von Mitgliedern eingetroffen. Stiftsprobst von Doellinger hat als Guest bei dem Bischof Neinkens Wohnung genommen.

Brüssel, 12. Septbr. Der zum bevollmächtigten Minister Spaniens am belgischen und niederländischen Hofe ernannte Herzog von Tetuan hat sich heute nach dem Haag begeben, um dort seine Kreditive zu überreichen.

Paris, 13. September. Gestern Abend 7½ Uhr ist Guiot endlich seinen schweren Leiden erlegen. Derselbe starb in Valricher und wird auf dem Kirchhofe von St. Ouen, wohin Valricher gehört, beerdiggt werden. Nach einer von ihm ausgesprochenen Willensbestimmung soll Feierlichkeit Einladung zu seiner Beerdigung erfolgen, auch soll an seinem Grabe keine Nede gehalten werden. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, betreffend die vom 1. Oktober ab einzutretende Aufhebung der Verfügung vom 29. August 1873, welche das nach Frankreich importierte Getreide und Mehl von der durch das Gesetz vom 30. Januar 1872 darauf gelegten Entrepot-Zuschlagssteuer ausnahm.

Bethune, 13. September. Der Marschall-Präsident ist heute hier eingetroffen und von den Behörden feierlich empfangen worden. Der Maire versicherte denselben der Ergebenheit der Bevölkerung und hob hervor, daß ihm die Nationalversammlung eine fest bestimmte Gewalt verliehen habe, die es ihm möglich machen werde, das so wohl angefangene Werk der moralischen und materiellen Wiedergeburt zu einem guten Ende zu führen. Der Marschall erwiederte mit einigen Dankesworten und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Nationalversammlung unverzüglich die konstitutionellen Gesetze votiren werde. Nach nur kurzem Aufenthalte begab sich der Marschall alsdann nach Aulnoy, um den dortigen Manövern beizuwähnen. In Aulnoy hatte sich eine große Anzahl von Maires zu seiner Begrüßung eingefunden, auch die Arbeiter aus den benachbarten Bergwerken brachten ihm eine Ovation dar. Der Marschall übernachtet in Aulnoy.

Ville, 12. September. Der Marschall-Präsident hat heute eine Revue über die hier garnisonirenden Truppen abgehalten und darauf die in der Nähe der Stadt belegenen Hütterwerke besucht, wo er von den Arbeitern sehr sympathisch begrüßt wurde. Morgen wird derselbe seine Reise nach Bethune fortführen. Den Plan, auch der Stadt Lyon einen Besuch abzustatten, hat Marschall Mac Mahon nunmehr ganz aufgegeben.

Madrid, 11. Septbr. Der General Marquis von Pavia hat die Carlisten in Madrid angegriffen und geschlagen. — Die Regierung wird gegen Ende dieses Monats 3000 und im Oktober vielleicht 5000 Mann Verstärkungen nach Cuba senden.

Die „Gaceta“ veröffentlicht eine amtliche Bekanntmachung über die Einlösung der am 1. Juli d. J. verfallenen Schatzschein-Coupons. Nach der betreffenden Verordnung können die letzteren bei Einzahlungen auf die neue Anleihe von 75 Millionen Pesetas wieder in Zahlung gegeben werden und zwar in der Weise, daß bis zur Hälfte eines gezeichneten Betrages die Zahlungsleistung mittelst Schatzschein-Coupons erfolgen kann.

— 13. September. Bei dem am Sonnabend stattgehabten Empfange des deutschen Gesandten, Grafen v. Haynsfeld, seitens des Marschalls Serrano äußerte der erstere, der deutsche Kaiser, von dem Wunsche bestellt zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Spanien beizutragen, habe die gegenwärtige Regierung der Exekutivgewalt in Spanien anerkannt und hoffe, daß Marschall Serrano die Prinzipien der sozialen Ordnung durch konservative Mittel aufrecht zu erhalten, wissen werde. Der Marschall erwiederte, die spanische Regierung werde die Hoffnungen Europas rechtfertigen und Alles vermeiden, was die Grundsätze der Zivilisation aufs Neue erschüttern könnte, sie werde es sich angelegen sein lassen, die Sympathie zwischen Deutschland und Spanien noch inniger zu gestalten. Der Marschall drückte alsdann seine Dankbarkeit aus für die freiwillige Anerkennung, welche die spanische Regierung Dank dem Einfluß und der Initiative Deutschlands gefunden habe. Der österreichische Gesandte, Graf Rudolf, gedachte in seiner Ansprache der zwischen Spanien und Österreich bestehenden historischen Beziehungen, worauf Marschall Serrano in ähnlicher Weise wie dem deutschen Gesandten gegenüber seinen dankbaren Empfindungen Ausdruck gab.

Bis jetzt fehlt noch jede Bestätigung des vom „Imparcial“ gemeldeten Gerüsts von der Beschließung des Teleno Barau durch die deutschen Kanonenboote. Wie die amtliche „Gaceta“ meldet, haben die Carlisten mit einer Anzahl Gefangener Calavieja verlassen. — Nutz Dana ist zum Chef des Generalstabes der Nordarmee ernannt worden.

Perpignan, 13. September. Nachrichten aus der französischen Grenzstadt Osseja besagen, daß die Carlisten große Fourage- und Kriegsvorräte in Sou de Urge (südwestlich von Puycerda) anhäufen und daß Saballs neue Vorbereitungen trifft, um Puycerda in Brand zu stecken. Derselbe erwartet hierzu nur noch die Befehle des Brüderen. Aus Puycerda sind viele Bewohner ausgewandert. Die Regierungstruppen, die in Puycerda eingerückt waren, haben dasselbe wieder verlassen und sind in drei verschiedenen Kolonnen in der Richtung von Girona, Vic und Manresa abgezogen. Die letztedachte Kolonne soll einen Zug mit Lebensmitteln nach Berga geleiten. Die Carlisten in Espanien, wohin Don Alfonso über Fraga eingedrungen ist, haben eine Verstärkung von 1500 Mann aus der Provinz Valencia erhalten.

London, 13. September. Gestern Nachmittag 2 Uhr wurde die auf den Werken von Samuda Brothers gebaute deutsche Panzerfregatte „Deutschland“ in Anwesenheit einer sehr großen Zuschauermenge glücklich von Stapel gelassen. Diese wird in etwa 4 Monaten seebereit sein. Dem Befehle des deutschen Kaisers gemäß, wurde die Fregatte von der Freifrau von Schröter, der Gemahlin des Militär-Bevollmächtigten bei der deutschen Botschaft in London, Oberstleutnant von Schröter, getauft. Der Taufe folgte ein Bankett, bei welchem enthusiastisch aufgenommene Toaste auf den deutschen Kaiser und die Königin von England ausgebracht wurden.

Brief- und Zeitungsberichte.

DRC. Berlin, 13. September. Das Staatsministerium wird am Montag Mittag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Bizepräsidenten des Staatsministeriums Camphausen zu einer Sitzung zusammengetreten. Eine der wichtigsten Gegenstände, welche das Staatsministerium in der nächster Zeit beschäftigen wird, ist die Frage wegen der Verlegung des Etatsjahres. Daß nach dem neuverdrossenen Arrangement bezüglich des Zusammenschlusses der parlamentarischen Körperschaften des Reichs und des preußischen Staates eine Verlegung des Etatsjahres notwendig wird, darüber bestehen keine Zweifel, umso mehr, als bereits ja unter Zustimmung des preußischen Landtages ein gesetzliches Arrangement zu Stande gekommen ist, welches die provisorische Fortsetzung der Erhebung der Staatsentnahmen und der Leistung der Staatsausgaben ermöglicht, getroffen ist. Wie wir hören, liegt es in der Absicht, nun möglichst bald ein endgültiges Arrangement herbeizuführen, schon in dem Etat für das Jahr 1875 eine Verlegung des Etatstermins eintreten zu lassen, und zwar glaubt man dies in der Weise zu erreichen, daß einstweilen die provisorische Weiterführung des Etats bis zum Monat Juli fortgesetzt werde, und daß von da ab dann die regelmäßige Verwaltung mit dem 1. Juli beginnen und mit ultimo Juni des nächsten Jahres abschließend, in Wirklichkeit tritt. Eine definitive Entscheidung in dieser Angelegenheit dürfte voraussichtlich schon in den nächsten Wochen erfolgen.

— Die Ausschüsse des Bundesrats für Rechnungswesen und für Handel und Bericht werden, wie die „Börs.“ hört, am Montag die Berathung des Bankgesetzentwurfs beginnen. Die erste Sitzung wird nur einen informirenden Charakter haben, da es in derselben zunächst darauf ankommen wird, die Stellung der verschiedenen Staaten zu dem Gesetzentwurf erkennen zu lassen. Bayern dürfte vorläufig keine Erklärung abgeben. Nach der „A.-B.“ ist zwar der Entwurf in leichter Zeit vom bairischen Staatsministerium der Finanzen unter Beziehung von Fachmännern einer eingehenden kommissarischen Berathung unterzogen worden, indeß soll jetzt erst eine weitere Berathung im Staatsministerium des Innern stattfinden und dann erst die Instruktion für das bairische Mitglied des betreffenden Ausschusses des Bundesrats festgestellt werden. — Am 11. d. war der Bankgesetzentwurf Gegenstand der Verhandlung in einer Sitzung des Ausschusses der preußischen Bank, in welcher das Direktorium denselben Kenntniß gab von dem wesentlichen Inhalte eines Berichtes, den es über diesen Gegenstand an den Handels-Minister als Chef der preußischen Bankerstatte hat. Der „Börs.-Btg.“ zufolge „machte die vorgetragene Darlegung auf alle Mitglieder des Bankausschusses den Eindruck, daß die Bestimmungen des Entwurfs, wenn sie vielleicht gegen unsolide oder lediglich von egoistischen Gesichtspunkten aus betriebene Bankinstitute manche gerechtfertigte Einschränkung herbeiführen, vernichtend die Art an die Wurzel einer Bank von der Größe und Bedeutung anlegen müssen, wie es die preußische Bank durch langjährige umsichtige und über jeden Verdacht selbstsüchtiger Ausnutzung ihrer Privilegien erhadene Leitung allmählig geworden ist, und in diesem Sinne schloß sich denn auch der Bankausschuss einmütig den Ausschaffungen des Bank-Direktoriums an.“ — Der „Eindruck“, welchen nach diesem Referat die Denkschrift des Bank-Direktoriums gemacht haben soll, dürfte ein wenig gefärbt sein von der Gegnerschaft der Börsenkreise wider jedes Bankgesetz, welches der ungemeinen Emission von Noten Hindernisse bereiten will. Immerhin ist aus der vorstehenden Mitteilung zu entnehmen, daß das Direktorium der preußischen Bank sich in die Reihe der Opponenten gegen den Bankgesetzentwurf gestellt hat.

— Wie die „Sp. Btg.“ mittheilt, ist an den bekanntlich wegen Nichteingiebbarkeit der gegen ihn verhängten Geldbußen gegenwärtig eine Gefangenshaft verbürenden Bischof von Paderborn, Kon-

rad Martin, die Aufforderung ergangen, sein Amt niederzulegen. Die Frist zur Beantwortung der Aufforderung läuft dieser Tage zu Ende. Nach fruchlosem Ablauf der Frist wird beim königl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten die Anklage auf Dienstfeindschaft erhoben werden. Die Aufforderung zur Niederlegung des Amtes und der demnächstige Antrag bei dem gerichtlichen Gerichtshof auf Einleitung des Entlassungsverfahrens ist nach §§ 25 und 26 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 vom Oberpräsidenten der Provinz zu stellen. Herr v. Kühlwetter, derzeitiger Oberpräsident der Provinz Westfalen, gehört der katholischen Konfession an. Inzwischen hat sich der Bischof, wie schon neulich signalisiert wurde, gleich dem Bischof von Culm nun auch über die Bivilehe vernehmen lassen und zwar in einer Broschüre über die „Christliche und die Bivilehe“, welche bei Franz Kirchheim in Mainz erschienen ist. Der Verfasser ist der Ansicht, diese Frage übertrage an politischer und sittlicher Wichtigkeit sogar die Maigeschäfte und gibt dann, nachdem er die vererblichen Folgen der Bivilehe für das Seelenheil und die Moral in seiner bekannten Manier dargestellt, den Gläubigen Anweisung, wie sie die Ehe „vor der Gefahr der Entweihung“ zu schützen haben.

— [Personalien.] Am Mittwoch Vormittag fand seitens des Obertribunals, der Generalstaatsanwaltschaft und der Anwälte des Obertribunals die kollegiale Feier des fünfzigjährigen Dienstjubiläums des Obertribunalrathes Sonnensohn statt. Der Jubilar feierte den 28. Juli 1874, den Tag, an welchen er seine fünfzigjährige Dienstzeit zurückgelegt hatte, im Kreise seiner Familie im Hause seines Schwiegersons in Celle. Dort ward ihm in der Verleihung der Insignien des Roten Adler-Ordens 2 Klasse seitens des Kaisers die Anerkennung seiner Verdienste zu Theil. Das Justizministerium, das Obertribunal, die Generalstaatsanwaltschaft, die Anwälte des Obertribunals übersandten dem Jubilar ihre Glückwünsche, während die juristischen Fakultäten in Greifswald und Berlin denselben zum Ehrendoktor kreierten. Bei der Feier dankte der Jubilar dem Oberpräsidenten v. Ihden, welcher an der Spitze fast des gesamten Obertribunals unter Übereinigung einer Adresse und eines Ehrengeschenkes den Glückwunsch der Kollegen aussprach. — Am Freitag Nachmittag verstarb hier selbst der Geheime Justizrat und ordentliche Professor der Rechte Dr. L. E. Heydemann im 70. Lebensjahr. Der Verstorbene war seit einer Reihe von Jahren Mitglied der hiesigen juristischen Fakultät, in welcher er wiederholt das Ehrenamt eines Dekans bekleidete. Die wissenschaftlichen Leistungen des Verstorbenen gehörten vorzüglich der Sphäre des preußischen Rechts an.

Burgsteinfurt, 10. Septbr. Vorgestern wurde vom hiesigen Kreisgericht nachträglich die unverhüllte Gräfin Sophia von Merveldt wegen Unterzeichnung der bekannten Damenadresse an den Herrn Bischof von Münster — sie war weder erschienen, noch hatte sie sich vertreten lassen, jedoch vorher schriftlich die Erklärung abgegeben, daß sie die Adresse nur zu dem Zwecke unterzeichnet habe, um dem Herrn Bischof ihre Gesinnung der Treue und Ergebenheit auszusprechen — wie der „W. M.“ meldet, zu 100 Thlr. Geldstrafe eventuell Wochen Gefängnis verurteilt.

Aachen, 10. September. In Walporzheim, dem bekannten Winzerorte an der Ahr, fand Ende August die Grundsteinlegung zu einem großen gemeinschaftlichen Vereinsgebäude, einschließlich Weinräder und Traubenremise, für die dortigen Winzer statt. Die in Aachen erscheinenden „Christlich sozialen Blätter“ berichten darüber unter dem 6. September wie folgt:

„Durchdrungen von der Wahrheit, daß des Allerhöchsten Segen zum Gelingen dieses wichtigen Unternehmens notwendig, wurde am Morgen des bestimmten Tages das Fest eröffnet durch ein feierliches Hochamt in der hiesigen, dem heiligen Josef geweihten Kapelle, unter Beiseitung sämtlicher Bürger des Dorfes, welche, mit wenigen Ausnahmen, sämtlich dem Winzer-Vereine angehören. Nach Beendigung derselben begab sich Herr Bilar Brey aus Ahrweiler unter Begleitung des Volkes in feierlichem Zuge zur Baustelle, schön gelegen am Fuße unseres Haupt-Weinberges, woselbst der Herr Vikar, noch dem der betreffenden Fundamentstein kirchlich eingegangen, in einer ergriffenen Ansprache die hohe Bedeutung des Tages hervorhob und zur Geduld und Treue ermahnte, mit Hinweis auf den vom verehrten Patron St. Josef.“

Hier empfängt ein Weinräder nebst Traubenremise nach feierlichem Hochamt den kirchlichen Segen, dort wird das zu Ehren der ihr Vaterland gestorbenen deutschen Krieger erbetene Glockengeläute verweigert. Und dieser Klerus eift über die Abwendung des Volkes von höheren Zielen und sein Versinken in Materialismus!

Friedberg, 12. September. Die Manöver der 21., 22. und 25. Division sind sehr befriedigend verlaufen. In der Suite des Kaisers befanden sich der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen, der Prinz von Wales, der Großherzog von Sachsen und viele fremdländische Offiziere. Der Großherzog von Hessen und die Prinzessin Alice wohnten den Manövern und dem darauffolgenden Vorbeimarsche der Truppen zu Wagen bei. Prinz Ludwig von Hessen kommandierte die 25. (hessische) Division. Der Großherzog von Sachsen führte dem Kaiser sein Regiment (94. Großherzog von Sachsen) vor. Se. Majestät sprach seine volle Zufriedenheit über die Leistungen der Truppen aus und gedachte insbesondere der von ihnen im Kriege bemerkten Tapferkeit. Das zahlreich anwesende Publikum begrüßte den Kaiser überall mit entzückenden Burgen. Gegen Ende des Vorbeimarsches begann ein heftiger Regen. Um 3 Uhr fand im großherzoglichen Schlosse große Tasel statt. Abends erfolgte allgemeine Illumination.

Wien, 12. September. Die deutsche Kaiserin Augusta hat an den Grafen Hans Wilczek folgendes Telegramm gerichtet: „Ich kann Mir nicht den Wunsch versagen, Ihnen direkt Meinen aufrichtigen Dank zu sagen.“

igen Glücks auf zum Erfolg der österreichischen Nordpol-Expedition auszusprechen, für welche Sie sich so hilfreich bewährt haben.“ — Der „Augsb. Algem. Blg.“ wird telegraphisch aus Wien gemeldet, die Reise des österreichischen Handelsministers nach Pest zum Zweck der Herbeiführung einer Aufhebung des Getreidezolls sei erfolglos geblieben. Die Nachricht, daß Krupp wegen Ankaufs des Neuberg-Mariazeller Gewerbeabstells in Unterhandlung stehe, sei ungrundet.

Brandeis. 12. September. Nach der heute erfolgten Beendigung der stattgehabten Manöver hat sich der Kaiser über die Haltung sämtlicher Truppen sehr befriedigt ausgesprochen. Dieselben rüden heute wieder in ihre Kantonments ein. Zu der um 3 Uhr stattfindenden Hostafel sind sämliche Generale, Brigades und Regiments-Kommandeure geladen. Aus der Mitte der Bevölkerung werden dem Kaiser fortwährend neue Kundgebungen der Liebe und der Anhänglichkeit zu Theil.

Brüssel. Der erwähnte eben in Brüssel vereinigte 7. Kongress des internationalen Arbeitervereins hat seine erste öffentliche Sitzung am Montag Abend abgehalten. Das Auditorium war, nach Versicherung eines Korrespondenten der „Nat.-Blg.“, viel weniger zahlreich als bei der vor einigen Jahren abgehaltenen ähnlichen Versammlung, auch die gehaltenen Reden zeigten, daß die Internationale nur noch den Schatten des früheren Vereins bildet. „Bürger“ Dumoulin, welcher den Vorsitz führte und zu gleicher Zeit als belgischer Delegierter Bericht über die Verhältnisse der Internationale in Belgien zu erstatten hatte, eröffnete seine Rede mit dem Bekennnis, daß die heimische Sektion von ihrer inneren Reorganisation alzu sehr in Anspruch genommen wurde, um sich mit Propaganda nach Außen besaffen zu können. Die einzigen Erfolge, welche derselbe mittheilen konnte, waren, daß die Internationale in Hennegau und dem Besbre-Thal Arbeitseinstellungen hervorgerufen hatte, welche zwar, soweit er hinzufügte, resultatlos blieben, den Internationalisten aber erlaubten, ihre Stärke zu messen. Der Bericht des Delegierten Schwizgubel (Jura) war im Grunde genommen nichts mehr als ein langer Schmerzensschrei. In seiner Heimath giebt der „ouvrier bourgeois“ — was wohl der zur Bourgeoisie übergetretene Arbeiter heißen soll — den Auschlag. Zwar giebt es Arbeitervereine in sämtlichen Städten der Schweiz, aber der großen Mehrzahl nach gehören ihre Mitglieder der Internationale nicht an. Kurz, die Schweiz bedürfe der Thatsachen und erwarte den Ausbruch der sozialen Umwälzung in den übrigen Ländern, um sich ebenfalls zu erheben. Der englische Delegirte Cecarius eröffnete seine Rede ebenfalls mit einem Stobschlag. Die inneren in der Internationale ausgebrochenen Kämpfe haben ihre Thätigkeit während längerer Zeit fast vollständig lahmt gelegt, bis sie sich endlich wieder mit der Unterstützung der strikten Landarbeiter befreien konnte. Die englischen Internationalen gehen nun mehr mit verschiedenen Blättern um. Erstens soll in London ein Gebäude zur Aufnahme verheiratheter Arbeiter gegründet werden. Des Weiteren beabsichtigen dieselben, bei der Regierung zu erwirken, daß dieselben einen Theil ihres jetzt brach liegenden Areals den Arbeitern zur kollektiven Ausbeutung übergeben. Außerdem arbeitet die Internationale an der Vermehrung der Parlamentsmitglieder. Nun hoffte die Versammlung Näheres über die Verhältnisse der Sozial-Demokratie im deutschen Reiche zu erfahren. Brohme von Frankfurt teilte aber nur die Thatsachen mit, daß sich die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Organe Deutschlands täglich steigere, daß der „Neue Sozial-Demokrat“ bereits 21,000 Subskribenten besitze und bei den jüngsten Wahlen die Sozial-Demokraten 400,000 Stimmen erwarben. Und diese Zahl würde sich wie Brohme meinte, bis auf 1 Million steigern, falls das Wahlerster auf 20 statt 25 Jahre festgestellt würde. Es folgten nun zwei phrasenreiche Berichte hinsichtlich der Verhältnisse des Vereins in Spanien und Italien, sowie eine Erklärung Schwizgubels rücksichtlich Frankreichs, denn keiner dieser Staaten war auf dem Kongresse vertreten. Schwizgubel teilte mit, man irre sich, indem man glaube, daß der Sturz der Kommune den französischen Sozialismus auf Jahre niedergeworfen habe; im Gegenteil bestehen jetzt in gewissen Departements mehr Abteilungen der Internationale, als in 1870. Man dürfe daher vielleicht hoffen, daß auch jetzt wieder das Signal der sozialen Umwälzung von Frankreich ausgehen werde.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit der nach den vorstehenden Berichten beinahe wie eine Selbstironisierung klingenden Behauptung, daß trotz der entgegengesetzten Behauptung der „Blürgertagespresse“, die Internationale fortwährend in der Entwicklung begriffen sei.

Paris. 10. September. Im bonapartistischen Feldlager wird die Spaltung zwischen den Anhängern der Exkaiserin und denjenigen des Prinzen Napoleon immer größer. Bekanntlich tritt dem letzteren als Mitbewerber um das Mandat für den Generalrat von Korsika ein anderes Mitglied der kaiserlichen Familie, der Prinz Karl Bonaparte gegenüber. Wie nun dem „Temps“ aus Bastia gemeldet wird, veröffentlichten die korsischen Blätter eine Zuschrift des Prinzen Karl Bonaparte, in welcher der letztere die ausdrückliche Erklärung abgibt, daß er der Exkaiserin und dem kaiserlichen Prinzen gehorche, wenn er seine Kandidatur der des Prinzen Napoleon gegenüberstelle. Hierauf würde also die Auseinandersetzung zwischen dem rothen Prinzen, der allerdings in der kaiserlichen Familie von jeher als enfant terrible galt, und der Exkaiserin definitiv erfolgt sein. Das Organ des Prinzen Napoleon „Le Patriot“ veröffentlichte denn auch an der Spitze seiner Spalten folgendes Manifest: „An den Prinzen Karl Bonaparte, Bataillonschef im 41. Linienv. Regiment. Der Prinz Karl Bonaparte hat sich in einem schändlichen Krieg hinreichen lassen. Schon hat sich das öffentliche Gefühl gegen ihn ausgesprochen. Sein Brief an Herrn Franceschini Pietri ist ein erster Fehler: der Prinz hat die Familiensitten und die Verpflichtungen gegen seinen Namen verletzt. Wir behielten uns unser Recht vor, die Kandidaten zu disqualifizieren. Wir werden uns dieses Rechtes mit der ganzen Achtung bedienen, die wir einem Bonaparte schuldig sind, aber auch mit der Unabhängigkeit betrübter Patrioten. Der Prinz Karl kann aber noch auf diesen Bruderkampf verzichten, der unsere große Nationalpartei, die zur Hoffnung Frankreichs wurde, mit Spaltung bedroht. Da aber der Prinz, Sohn von Canino, Mitglied unserer deputationalen Versammlung sein will, so sind wir von einem Generalrathe autorisiert, ihm seinen Sitz anzubieten. Der Prinz Karl möge annehmen, und der große Streit, welcher das Herz der Bewohner Aljaecios zerreißt, wird augenblicklich aufhören. Schlägt er es ans, so wird es der Krieg mit allen Folgen sein. Jean de la Rocca.“

Zur Belustigung unserer Leser fahren wir im Sammeln albernen Nachrichten, wie sie von pariser Blättern über das Verhältnis Deutschlands zu den spanischen Fragen verbreitet werden, fort. Heute meldet die „Corr. univ.“ allen Ernstes Folgendes:

„Von sehr zuverlässiger Seite erhalten wir heute aus Bahonne folgende Nachrichten: Der von den Carlisten im Augenblicke, wo er in ihr Lager eindringen wollte, festgenommene preußische Offizier hatte den Auftrag, Don Carlos zu ermorden, was aus seinen Papieren und seinem Gedächtniß hervorbrachte.“

Deutsche Offiziere durchziehen seit einigen Wochen verschiedene Provinzen Portugals um das Land zu erneuern. Die portugiesischen Küsten werden gleichfalls von den Preußen untersucht. Derselben haben sich sogar an der Mündung des Rio Sado ange- siedelt.“

In Madrid findet heute — so schreibt die „Nordd. Algem. Blg.“ unter dem 12. d. Ms. — der feierliche Empfang der Gesandten des deutschen Reichs und Österreich-Ungarns durch den Präsidenten der Exekutivgewalt statt: die Beziehungen der genannten Länder zu Spanien treten damit in das völlig normale Geleise. Bei dem am Freitag abgehaltenen Empfang des spanischen Gesandten in Paris haben der Präsident der Republik und der Gesandte Spaniens Veranlassung genommen, sich über die Beziehungen der beiden Nachbarländer auszusprechen. Der Gesandte gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Wiederherstellung der offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien wirksam zur Missionierung der infiugirten nördlichen Provinzen Spaniens beitragen werde, und die Antwort des Präsidenten Mac Mahon berechtigt wohl zu der Annahme, daß es wenigstens ihm Ernst damit sei, die Erwartungen der spanischen Regierung nicht zu täuschen.

Anderweite Mittheilungen aus Madrid sprechen von dem Eindruck den die Nachricht von dem Vorfall bei Guetaria dort hervorgerufen hat und der sich im Wesentlichen dahin resumiren läßt, daß die öffentliche Meinung das Versfahren des deutschen Schiffskommandanten vorbehaltlos approbiert. Es sind nur karlistische Blätter, die den Hergang zu verdrehen und das Benehmen der Karlisten zu rechtfertigen sich bemühen. Es ist dies Unterfangen aber um so schwieriger und undankbarer, als die Karisten immer und immer wieder neue Beweise geben, daß Bürgerrecht und Menschlichkeit für sie ganz leere Begriffe sind.

Angesichts der hier gemeinten, an anderer Stelle schon ausführlich mitgetheilten Vorgänge, liegt es geradezu unglaublich, daß die französische Regierung, wie Wiener Journals aus Paris telegraphirt wird, eine allgemeine legitime Schilderung zu Gunsten des Don Carlos und einen Massenzug der jungen Adeligen zu seinen Fahnen befürchten. Herzog Decazes verlangt daher die Verdoppelung der Truppen an der Pyrenäengrenze. Die jungen französischen Legitimisten müßten sehr tief gesunken sein, um in Masse einem Lager zuströmen zu wollen, in welchem die landläufigsten Gesetze der Ehre und Menschlichkeit außer Kraft gelegt sind. Die französischen Journals enthalten übrigens auch nicht ein Wort, das im Sinne der obigen Wiener Mittheilung zu deuten wäre.

Petersburg. 10. September. [Geschichte des kaukasischen Kriegs e.s.] Der „Reg.-Azn.“ und der „Russ. Ind.“ veröffentlichen einen Aufruf, in welchem der Statthalter im Kaukasus Großfürst Michael Nikolajewitsch unter dem Hinweis, daß jetzt, nachdem seit der vollständigen Unterwerfung Kaukasiens bereits zehn Jahre verflossen, der Zeitpunkt zu einer ruhigen und unparteiischen Kritik der Thätigkeit der russischen Behörden und Truppen dagegen nahe, alle Veteranen des kaukasischen Krieges, besonders die Teilnehmer der letzten Epoche desselben, die Familien und Nachkommen aller Personen, welche jemals im Kaukasus gelebt haben, auffordert, Beiträge zu einer Geschichte des kaukasischen Krieges zu liefern. Der Großfürst hat alle Diejenigen, welche im Besitz von Handschriften oder Dokumenten über diesen Krieg sind, dieselben an seine Adresse „in eigenen Händen“ einzusenden, damit sie durch den Druck veröffentlicht werden können. Die gleiche Bitte ergeht an alle Diejenigen, welche Material zu den transkaukasischen Kriegen, besonders über die Jahre von 1853 bis 1856, besitzen. Die Form der Darstellung, sowie Form und Aussehen des Manuskripts sollen dem Autor oder Besitzer durchaus keinen Zwang auferlegen und notwendig ist nur, daß bei Einsendung oder persönlicher Übergabe des Manuskripts Angaben gemacht werden, von wem und, wenn es von Interesse ist, unter welchen Umständen dasselbe verfaßt worden.

Altkatholiken-Kongress zu Freiburg im Breisgau.

IV.

Freiburg. 8. September. Heute Nachmittag hat die den Kongress abziehende zwölfe öffentliche Versammlung stattgefunden. Zunächst ergriff das Wort Direktor Streng aus Nürnberg: Man habe Anfangs dem kirchlichen Kampfe einen baldigen Sieg in Aussicht stellen zu dürfen geglaubt; im Laufe der letzten Jahre habe es sich herausgestellt, daß ein so ernster Kampf viel länger dauern müsse. Von dem Protestant habe man zur Bildung kirchlicher Gemeinden übergeben müssen; aus diesen habe sich die Synode unter dem Bischof entwickelt und es sei nur auch der Vorwurf, daß die Altkatholiken nur im Regen einig seien und die Erwartung, daß sie sich überstürzen würden, widerlegt worden. Die Reformen auf dem Gebiete der Kirche und der Kultusprache seien ebenso besonnen wie notwendig gewesen. (Die Aeuferung des Predigers, der Kirche sollte im Beichtstuhle der Art der Seele und nicht ein Auktionsschotter von Familiengeheimnissen oder ein politischer Intrigant sein, rief stürmischen Beifall hervor.) Der wahre Fortschritt der Bewegung habe auch die steigende Opposition der Gegner und die immer schärferen Kritik lauer Freunde hervorgerufen. Wenn man sage, die jetzige Bewegung sei nicht entfernt zu vergleichen mit der des 16. Jahrhunderts, so versteht man, wie sehr sich die Zeitverhältnisse in 300 Jahren geändert. Wenn man den Altkatholiken Störung des Friedens vorwerfe, so sei vielmehr die Störung des Friedens zwischen Staat und Kirche und des Friedens in der Kirche von ihren Gegnern, von den Urhebern und Vertheidigern des Unfehlbarkeitsdogmas ausgegangen. Zwischen Rom und den westlichen Gewalten habe schon seit Jahrhunderten kein rechter Frieden bestanden. Durch den 18. Juli 1870 sei derselbe unmöglich geworden, daß der Friede in der Kirche durch das Unfehlbarkeitsdogma gestört worden sei, das hätten die deutschen Bischöfe in Rom selbst anerkannt. Wenn man jetzt von Seiten der Bischöfe dieses Dogma als ein unwichtiges und theoretisches darstellen und eine Einschränkung desselben bei der Fortsetzung des Konzils in Aussicht stelle, so sei das ein leeres Vorgeben. — Die altkatholische Bewegung sei nicht eine der Religion feindliche, sondern eine ästhetisch und eben darum auf eine Bewegung, welche Vaterlandsliebe, Gewissenhaftigkeit und den inneren Frieden fördere; sie sei nur ein Gegensatz des Missbrauchs der Religion zu politischen Zwecken. Unsere Zeit sei nicht mehr die Zeit der Theorien und Phantasien, sondern die Zeit der Organisationen, und jeder Einzelne habe die Pflicht, sich der Organisation anzuschließen, durch welche die religiöse Reform mit Gottes Beistand werde herbeigeführt werden. (Anhaltender Beifall.)

Professor Meissner auch München: Man spreche jetzt viel von einer Verfolgung der Kirche in Deutschland. In den ersten Jahrhunderten sei die christliche Religion und Kirche wirklich verfolgt worden; jetzt aber werde Niemand um des Glaubens und der Hoffnung auf das ewige Leben willen verfolgt. Es sei keine Faschle, wenn man davon rede, daß den Führern der Altkatholiken irische Vortheile zugestanden seien; der Staat habe ihnen gegenüber, so viel er wisse, nichts mehr, als das geringste Maß der Gerechtigkeit in Theil werden lasse; die Bischöfe hätten ihrerseits alles aufgeboten, dieselben materiell zu vernichten. — Der Redner weist mit Humor die klerikalen Reden darüber über die gründliche Widerlegung der Altkatholiken, über die „Unwissenheit“ Döllingers, über die Pflicht der „Unterwerfung“ vor der Bischof die Verantwortung übernehme. — Jeder habe nach seinem Gewissen zu handeln und von seinem kritischen Thun selbst Gott Rechenschaft abzulegen und leichter könne für den Andern glauben, hoffen und lieben. Die wahre Autorität gebe Rast und Freiheit und verlange nicht blinde und gedankenlose Unterwerfung. Wahre Freiheit sei nicht Geseßiglichkeit, vielmehr die ächte und rechte Frucht des Christenthums. Nur vor Gott habe der Mensch sich zu beugen, denn das sei zugleich eine Erhebung. Jede Autorität, die sich an die Stelle der göttlichen setze wolle, gehe zu Grunde, und jede Lehre, welche nicht die geistige Erleuchtung und die spirituelle Freiheit fördern könne, könne keine christliche Lehre sein. (Lauter Beifall.)

Bischof Reinink: Er halte es für seine Pflicht, als katholischer Bischof eines großen Theils der Bewohner Badens mit der Erklärung zu beginnen, daß das, was der Kapitelsvikar v. Kübel in seinem Hirtenbrief vom 19. März über die Altkatholiken gesagt, verläudnerisch sei, daß es insbesondere eine dreiste Lüge sei, wenn darin behauptet werde, Bischof Reinink habe in der zu Konstanz gehaltenen Predigt den Bericht des Evangeliums über die Auferweckung des Jünglings von Nain im Geiste eines seichten Nationalismus umgedeutet. — Der Redner sprach dann von dem Institute des Bischofs in partibus („im Lande der Ungläubigen“) als einem von der römischen Kurie erfundenen Institute, welches dem altkatholischen Grundzuge durchaus widerspreche, daß ein Bischof nicht ohne Gemeinde sein könne, und ging dann über auf die Erörterung des Anspruches der Päpste auf die kirchliche Allgemeinheit als Stellvertreter Christi. Die göttliche Allgemeinheit sei geregelt durch seine Unwissenheit, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit u. s. w.; den Päpsten ständen solche Eigenschaften nicht zu Gebote und sie hätten darum ihre Allgemeinheit vielfach zum Verderben der Menschen missbraucht. Gott greife nicht in die Vernunft und Freiheit hinein und zerstörend ein; die Päpste hätten das mehrfach versucht, sie hätten früher sogar ganze Völker zur Leibeigenschaft verdammt. Die Päpste versuchten sogar mit ihrer Allgemeinheit die Stimme der Geschichte zum Schweigen zu bringen, welche von den Irrtümern und Neherren der Päpste Zeugnis erlege; so hätten Leo X. und Pius IX., den geistlichen Thatsachen Jahn sprechend, erklärt, die Päpste hätten nie gerettet und nie ihre Gewalt übertragen. — Weiter sprach der Redner von dem Ausdruck „alleinstigmachende Kirche“. Dieser Ausdruck komme nicht in den römisch-katholischen, sondern auch in den protestantischen Symbolen vor, so daß in dieser Beziehung keine Konfrontation der andern etwas vorzuwerfen habe. Die heilige Schrift sage nicht, daß die Kirche selig mache, sondern daß selig gemacht werde. Der biblische Begriff der Kirche sei aber in den Hintergrund gedrangt worden. Im Neuen Testamente sei die Kirche die Gemeinde, die Gemeinschaft der Glaubigen, welche durch Christus erlöst wurde. Selig machen könne nur der Eine Gott und der Eine Mittler Christus. Als man, namentlich im 4. Jahrhundert, der Kirche das Seelenwochen zu zuschreiben angefangen, habe Augustinus hervorgehoben, daß sie nur darum selig mache, weil Christus in ihr sei. Nicht die Bekennungsformeln, sondern die Wahrheit des Evangeliums steht Gegenstand des scheinmachenden Glaubens. Wer sich im Besitz der Wahrheit wisse, dürfe nicht Andere richten wollen, weil er damit gegen das Verbot des Evangeliums verstöße. Keine andere Form der Kirche entspreche ganz der Idee Christi, weil jeder Form ein menschliches Element und darum eine Unvollkommenheit anhinge. Das Licht des Evangeliums sei nicht an die Schranken der Konfessionen gebunden; auch die Heiden seien durch das Gewissen mit Christus verbunden. In dem Sinne sei die Kirche eine allein scheinmachende, als sie alle umfaßt, welche noch ihrem Gewissen handelten. Die Pflicht dürfe Niemand erlassen werden, nach der Wahrheit zu streben und nach der Stimme des Gewissens zu handeln; aber das Recht müsse Jedem bestritten werden, über Menschen abzuurtheilen.

Präsident v. Schulz: Der Indifferenzismus unserer Tage sei psychologisch wohl zu erklären; ihm gegenüber habe der Altkatholizismus das katholische Pflichtgefühl wieder zu wecken; das sei eine wichtige und schwierige Aufgabe, als blos gegen die Unfehlbarkeit zu protestieren, an welche auch Tausende von Denkern nicht glauben, die sich Freunden einen schweren Kampf gelöst, ehe sie sich entschlossen, gegen fröhliche Freunde als Gegner aufzutreten; aber der jetzige Kampf und Streit sei notwendig, um die christliche Wahrheit nicht unter den Missbraüchen untergeben zu lassen. Es sei eine Schmach, wie man mit den Mitteln der Lüge und Verlärung gegen die altkatholische Sache und ihre Vertreter ankämpfe, ihnen schlechte Motive u. s. w. Unter den Gegnern befinden sich Männer, die in schändlicher Weise ihre Überzeugung geändert. Nicht der Altkatholizismus gefährde die Religion, ebensowohl wie die wahre Bildung. Nicht der Religion wirkte die altkatholische Bewegung entgegen, sondern dem römischen Kurialismus; dieser allerdings müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Auch den kirchlichen Spaltungen wolle der Altkatholizismus entgegen wirken; in dieser Beziehung sei schon vieles erreicht; evangelische Kirchen seien nahmen an den Kongressen Theil (der neben dem Redner sitzende Bischof von Pittsburgh wird mit lautem Zuruf begrüßt) und zwischen Altkatholiken und Angehörigen anderer Konfession habe sich ein direkt-friedliches Verhältnis herausgebildet. — Der Altkatholizismus bringe auch den Grundsatz zur Geltung, daß dem Kaiser zu geben sei, was des Kaisers ist.

Die Versammlung geht nach einem Hoch auf den deutschen Kaiser und den Großherzog von Baden um 6 Uhr auseinander.

Kongress des Vereins für die öffentliche Gesundheitspflege.

I.

Danzig, 12. September. Der Kongress des Vereins für die öffentliche Gesundheitspflege wurde heute Vormittags 9½ Uhr im Saale des Franziskanerklosters durch den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses, Herrn Oberbürgermeister Hobrech-Berlin eröffnet. Dr. Oberbürgermeister v. Winter rief in seiner Begrüßungsrede den fremden Gästen ein herzliches Willkommen zu und versicherte, daß unsere Stadt dem Vereine der mit Ernst an der Verwirklichung so edler und humaner Zielle, ihre wärmsten Sympathien entgegentrage. Dr. Oberbürgermeister Hobrech dankte darauf für den überaus wohlbewillten herzl. Empfang. Man habe Danzig zum Versammlungsort gewählt, weil es den andern Komitaten mit einem leuchtenden Beispiel, mit einer kräftigen That vorangegangen, die für die Zwecke des Vereins von der höchsten Bedeutung sei. Aus dem von dem Vorsitzenden erstatteten Berichte über die Thätigkeit des Vereins entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl desselben beständigem, erfreulichem Wachsthum begriffen ist und jetzt die Zahl 552 erreicht hat. Der Ausdruck erhielt eine anonyme Zustellung von 1000 Thlr. zu dem Zwecke, ein populär-wissenschaftliches Buch über die Gesundheitslehre und eine Zusammenstellung der im Auslande auf dem Gebiete der Gesundheitspflege gemachten, bei uns noch nicht vermerkten Erfahrungen zu beschaffen. Die erste Arbeit ist einem Gelehrten übertragen, für die zweite ist ein Preis von 500 Thlr. aufgestellt; die Arbeiten müssen bis zum 15. August 1875 eingereicht werden. Nachdem der bisherige Vorsitzende die Wiederwahl abgelehnt, wurde Dr. Oberbürgermeister Dr. Erhardt-München zum Präsidenten gewählt, der die Herren Geh. Medizinalrat Günther-Dresden und Kommerzienrat

Bischoff-Danzia zu Stellvertretern, Dr. Alex Spieß jnn. Frankfurt a. M. und Prof. Dr. Schwabe-Berlin zu Schriftführern ernannte.

Hierauf wurde in den ersten Punkten der Tagesordnung eingetreten: „Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege an die Baupolizei in Bezug auf neue Stadttheile, Straßen und Häuser.“ Der Referent, Herr Dr. Straßmann, eing hauptsächlich von Berlin, berührte aus, wo die üblichen Verhältnisse sich in sanitärtlicher Beziehung bedeutend verschlechtert haben. Man muß dort das Grundstück in der raffinirtesten Weise in der Fläche, nach oben und unten hin aus, um möglichst viel Wohnräume zu erhalten. Daraus sei die berüchtigte Berliner Mietshäuser entstanden. Die Schulen trage die seit 14 Jahren bestehende Baupolizeiordnung, welche nur vorschreibe, daß in jedem Hause ein freier Hofraum von 17' Länge und Breite sein sollte. Diese Bestimmung sei nicht etwa im Interesse der Gesundheit erlassen, sondern aus Scheu vor dem Feuer; jene 17' im Quadrat gestalten dem Neumann gerade, auf dem Hofe den Wagen umzufahren. Schon im Jahre 1846 nannte Böse die Berliner Höfe Postillonstiefel; seit dieser Zeit haben sich die Schäfte diesen Stiefel immer mehr verlängert, der freie Raum wurde immer mehr vermauert, die Höfe haben fast nie öffliche Kommunikation. Wie nach der Fläche wird das Grundstück auch nach oben und unten hin immer mehr ausgenutzt. Die Zahl der ein-, zwei- und dreistöckigen Gebäude nimmt immer mehr ab, die vier- und mehrstöckigen nehmen immer mehr zu. Wenn man nun die Wohnungen im 1., 2. und 3. Stock die normalen, die im 4. u. s. w. Stock und die Kellerwohnungen die abnormalen Wohnungen nennt, so wohnen mehr als 16 p.C. der Berliner in abnormalen Wohnungen. Bisher habe man geglaubt, die Kellerwohnungen seien die ungesündesten. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die 4. und mehr Stockwerke höchst gelegene Wohnung, n. eine höhere Sterblichkeit zeigen als jene. So beträgt der Prozentsatz der todgeborenen Kinder in jenen 4 Stockwerken höher gelegenen Wohnungen 2,6—2,9 p.C., während er sonst nur 1,5 sei. Ein weiterer Unterschied in die Größe der einzelnen Wohnungen. 290,000 Menschen hätten in ihrer Wohnung nur ein bebautes Zimmer zur Verfügung; solche Wohnungen betragen 49 p.C. der sämtlichen Wohnungen Berlins. Wenn man die Wohnungen mit einem Zimmer und mehr als 5 Menschen, wie die mit 2 Zimmern und mehr als 10 Menschen überbauten nennt, so giebt es in Berlin 60,000 überbauten Wohnungen. Ferner fehlt es an jeder Einrichtung, die Stadt zu reinigen und zu entwölfern. Man habe geglaubt, die Stadt sei rein, aber man hat nichts erreicht, als die schädlichen Stoffe aus den kleinen in einem armen Künste zu vereinigen: in der Spree. Die 721 Morgen Wasserfläche in Berlin dünnen eine schreckliche Menge gesundheitsschädlicher Stoffe aus; darum hat sich die Mortalität in dem stets an Bevölkerung wachsenden Berlin in enormer Weise erhöht. Im Jahre 1858 kam noch ein Todesfall auf 37, 1861 schon auf 35, 1864 auf 32, 1872 auf 30,5 Seelen. Eigentümlich in Berlin die hohe Sterblichkeit unter den Kindern; von den 27,600 Sterbefällen des letzten Jahres fallen 11,000 auf Kinder unter einem Jahre, diese liefern also etwa 2% sämtlicher Sterbefälle. Ein ähnliches Verhältnis findet nur noch in einigen Städten Amerikas statt, z. B. in New York und Chicago. Während die Sterblichkeit der Erwachsenen mit der niedrigen Temperatur zunimmt, also im Winter am höchsten ist, ist umgekehrt die Sterblichkeit der Kinder im Sommer am größten. Erklärt sind alle diese Thatsachen noch nicht. In England ist es gelungen, durch Einführung der Canalisation die Mortalitätsziffer der Kinder um 21 bis 25 p.C. herabzudrücken; hoffentlich gelingt dies auch in Berlin. Schädlich ist weiter der Mangel eines Gesetzes, im sanitären Interesse Expropriationen vorzunehmen und baulichen Uebelständen bei Privatleuten aus eigener Initiative und ohne Entschädigung abzuheben; ferner der Umstand, daß der Bebauungsplan schon für Generationen bis in's Einzelne im Vorraus festgestellt wird, daß es ganz, 24,000 Morgen große Weitbild für alle Zukunft mit Fluchtlinien für die Straßen festgelegt wird. Durchweg sind breite Straßen vorgeschrieben, diese bedingen den Uebelstand langer Bauquarzire, die Stadt muss in all' Theilen denselben gleichmäßigen Charakter annehmen. Als Uebelstand bezeichnet es Redner, daß die Bezeichnungen vorher vorausgelegt und ein Konkurs eingeholt werden müssen. Es fehlt weiter die Festsetzung des Verhältnisses der unbebauten zu den bebauten Flächen, wie eine Bestimmung über die für das Austrocknen der Wohnungen nötige Zeit. Redner empfiehlt nun die Annahme der von ihm aufgestellten Thesen, welche im Wesentlichen dahin gehen: die Ansiedelungen in der Nähe größerer Städte seien zu begünstigen; von detaillierten Bebauungsplänen für eine spätere Zukunft sei abzusehen, es seien nur die Haupt-Werke und die wichtigsten peripherischen Linien im Vorraus festzustellen; bei jeder neuen Anlage sei im Vorraus ein Entwässerungsplan festzustellen; die Errichtung freistehender Gebäude und Gebäudekomplexe sei zu beauftragen; in den Nebenstraßen sei auch eine mäßige Straßenbreite statthaft; 1/3 jedes Grundstückes dürfe nicht bebaut werden; die Höhe der Häuser dürfe nicht die Straßenbreite und in keinem Falle 4 Stockwerke überschreiten.

Korreferent Stadtbaumeister v. Haselberg-Straßburg sagt, wenn der Vorredner nur großstädtische Verhältnisse im Auge gehabt, so wolle er die für alle Verhältnisse passenden Gesichtspunkte hervorheben. Auch er ist dafür, daß die Höhe der Häuser nicht größer sein darf, als die Breite der vorliegenden Straße; doch seye er noch hinau, wenn der unterste Stock bewohnt werden soll, so müsse das Haus auch seitlich vom nächsten Hause getrennt sein. Die Straßenbreite an und für sich möge keinen Bestimmungen überlassen werden. Kellerwohnungen seien ganz zu verbieten. Der Fußboden sei möglichst von der unteren Schicht zu isolieren; nachbaurungsrecht sei die Vorschrift der neuzeitlichen Dresdner Baupolizeiordnung, daß die Isolierung durch eine 15 Centimeter dicke Mörtelschicht zu erfolgen habe. Ein Theil der Fläche dürfe nicht bebaut werden, in Köln z. B. ist d. für 1/3 der Grundfläche bestimmt. Auch für die Höfe müsse ein Normalprofil festgesetzt, ein Theil des für dieselben reservirten Raumes könne mit niedrigen Gebäuden bebaut werden.

Die Debatte erhöht Herr Oberbürgermeister v. Winter. Der angegriffene Bauplan von Berlin sei unter Mitwirkung des Redners, der damals Polizei-Präsident von Berlin war, entstanden; sein technischer Beirath sei Herr Baurath Hobrecht gewesen, auch seien die eingebundenen Beratungen mit dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten geslossen worden. Der Plan stand damals auf der Höhe der Zeit, er war der Ausdruck der höchsten Forderungen, welche man damals auch in sanitärer Beziehung stellte. Wenn wir heute viel größere Anforderungen machen, so sei dies nur ein Beweis dafür, wie weit die Wissenschaft in diesen 14 Jahren fortgeschritten ist. Dem General v. Beyer gebührt das Verdienst, schon vor gegen 50 Jahren auf die Schädlichkeit der Spree als Sammelstelle für die Kloakaffen Berlins aufmerksam gemacht zu haben. Als im Jahre 1836 der Stadtsphysicus Geheimrat Dr. Magnus zu einem Gutachten darüber aufgefordert wurde, da habe dieser die Meinung, die Entladung der Kloakaffen in die Spree könne jemals von schädlichem Einfluß werden, für den absoluten Wahnsinn erklärt. Was die von den Referenten gemachten Vorschläge betreffe, so müsse dabei die Gründung neuer Stadttheile und der Ausbau alter vollständig auseinander gehalten werden. Wenn jene Forderungen für die alten Stadttheile durchgeführt werden sollten, so würde dies — wie Redner an Beispielen beweist — z. B. viele Häuser Danzias entwerthen, die Straßen zu Ruinen machen. Aber noch von den übrigen Forderungen müsse er die, daß jede Präventivpolizei auszuschließen sei, vollständig bekämpfen. Die Einreichung der Rechnungen, die Einholung des Kontos möge Zeit räumen, aber sie sei nötig, weil man nicht immer schlecht gebaute Häuser wieder eurichten kann.

Herr Geb. Sanitätsrat Barr ertrapp-Frankfurt a. M. spricht sich in ähnlichem Sinne aus, auch hält er einen im Vorraus festgestellten Bebauungsplan für notwendig. An der ferneren Debatte beteiligen sich noch die Herren Geb. Medizinalrat Dr. Günther, Dresden, Baurath Stenzel und Polizei-Direktor Staudy-Bösen, Baurath-Benitz München, Generalstaatsarzt Roth-Dresden und Oberingenieur Meier-Hamburg. Dieselben bekämpfen zum Theil die von den Referenten aufgestellten Forderungen, so will der Letztere die Kellerwohnungen nicht unbedingt verbieten wissen. Wo eine tiefliegende Schwemmkanalisation vorhanden sei, wie in Hamburg, da seien die Kellerwohnungen durchaus trocken und gesund. Auch werden noch neue

Gesichtspunkte aufgestellt: so will Herr Baurath Zenetti eine gute Ventilation in den Vordergrund gestellt wissen, und Herr Generalstaatsarzt Roth will eine Aufforderung an die Regierungen, daß der Sanitäts-Gesichtspunkt bei der Ausbildung der Architekten mehr berücksichtigt werden solle. Der Vorsitzende macht darum noch einen Resümé den Vorschlag, über die Details, welche noch vielfach bestimmt werden, nicht abzustimmen. Auch Herr v. Winter schreibt sich dem Vorschlag an, weil der Verein nicht über bestimmte wissenschaftliche oder technische Gesetze entscheiden, sondern nur die Forderung vertreten kann, daß die von der Wissenschaft und Technik anerkannten Gesetze durchgeführt werden. Die Versammlung beschließt demgemäß. Wie ein Redner zum Schlusse vervorhob, war die formelle Resultatslosigkeit der Verhandlung (wie um ihrer vielfachen Anregungen willen nicht vergeblich gewesen ist) dadurch veranlaßt, daß die von den Referenten aufgestellten Thesen den Mitgliedern nicht einige Zeit vor der Versammlung mitgetheilt waren. (D. B.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. September.

Der „Staatsanzeiger“ bringt in Nr. 214 folgendes Privilegium wegen eventueller Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Gnesen zum Betrage von 240,000 Mark Reichsmünze vom 28. Juli 1874.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen etc. Nachdem der Magistrat der Stadt Gnesen im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung darauf angetragen hat, der Stadt zu gefallen, über ein zu Gemeindezwecken von dem Reichs-Invalidenfonds aufgenommenes Darlehen im Betrage von zweihundert vierzigtausend Mark Reichsmünze, auf Verlangen des Darlehens, auf jeden Inhaber lautende Stadtobligationen nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen auszugeben zu dürfen: ertheilen Wir im Gemöhl des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 (Gesetz-Sammlung Seite 75) durch gegenwärtiges Privilegium der Stadt Gnesen zur Ausgabe von auf jeden Inhaber lautenden Stadtobligationen bis zum Betrage von zweihundert vierzigtausend Mark Reichsmünze, welche nach dem anliegenden Schema in Abschnitten von 3000, 1500, 600 und 300 Mark Reichsmünze auszufertigen, mit vier und einem halben Prozent jährlich zu verzinsen, und von Seiten der Gläubiger unfindbar, nach dem festgestellten Tilgungsplane durch Auslösung bis spätestens im Jahre 1911 zu amortisieren sind, mit Vorbehalt der Rechte Dritter, Unserer landesherrlichen Genehmigung, ohne jedoch dadurch den Inhabern der Obligationen in Ansehung ihrer Befriedigung eine Gewährleistung Seitens des Staates zu bewilligen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und bei gedrucktem königlichem Siegel.

Gegeben Wildbad Gastein, den 28. Juli 1874.

(L. S.)

Wilhelm.
Zugleich für den Finanzminister und für den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Gr. Eulenburg.

Beigesetzt ist das Schema für die Obligationen, welches u. A. auch die Bedingungen der Auseihe wörtlich enthalten muss, sowie die Schmatz zu den Biscoupons und zu den Talons.

Von den militärischen Übungen bei Gnesen, welche mit einem Bivouak in der Nacht von Freitag zu Sonnabend abgeschlossen, sind nunmehr im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Tages sämmtliche 4 Infanterie-Regimenter, welche an denselben Theil genommen, mittelst 5 Extrazügen und den gewöhnlichen Personenzügen hierher und nach den Garnisonen Samter, Lissa, Rawicz, Schrimm zurückgekehrt. Die Entlassung der Reserven erfolgt morgen.

Todtschlag. Der 18jährige Sohn eines biesigen Bürstenmachers, erhielt gestern Abend auf der Eichwaldstraße, indem er an 5 Männern vorüberging, von dem einen derselben einen Schlag auf den Kopf, in Folge dessen er wenige Stunden darauf starb.

Schollen, 12. September. [Herr Oberbürgermeister Günther] befand am gestrigen Tage in Begleitung des Landräths Grafen Bojdonowitsch von Wongrowitz kommend, unsere Stadt. Die Magistratsmitglieder, Stadträthe, Geistlichen Lehrer und Schulvorstände wurden ihm im Saale des Hotelbesitzers und Kaufmanns Breunig vorgestellt. Darauf wohnte er dem Unterrichte in sämtlichen Schulklassen bei, besichtigte die beiden Gotteshäuser und begab sich nach einer und ein halbstündigen Aufenthalte zum Baron v. Winterfeld auf Roscmo. Von dort setzte er die Reise über Mur.-Gostin nach Polen fort.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 12. September. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Die große Festlichkeit der vorvergangenen Woche hat sich nicht ganz auf die eben abgelaufene Woche übertragen. Es waren verschiedene Ursachen, die heutigst und verstimmt auf unsere Börse einwirken. Am Anfang der Woche waren es die bekannten Differenzen mit den karolischen Banden, denen man, wenn auch nur auf kurze Zeit mehr Beachtung schenkt, als sie verdienen. Dann waren es die P. obducent-Marker-Bank, deren Direktor auf eigene Faust im Namen der Bank sich in große Spekulationen, die mißglückt, eingelassen hatte. Solche Borkommissionen erschüttern stets wieder das eben erwähnte Vertrauen und wirken stets ungünstig auch auf die anderen Papiere. Die Aktien der Produktien-Marker-Bank fielen Dienstag von 105 auf 85 und stehen heute 65. Weiter waren es besonders die jüdischen Feiertage, vor welchen stets große Realisationslust herrscht und die so die Course ebenfalls abschwächt. Nicht desto weniger kann man die Stimmung nicht grade als der Bourse günstig bezeichnen — der Grundton ist noch immer fest und stand es nur augenblicklich Ursachen, welche ungünstig einwirken. Es zeigte sich besonders an der heutigen Börse die durchgehend fest stehende und nur das Ende der Feiertage abzuwarten schien, um sich wieder entschieden der Haufe zuzuwenden. Der Verkehr war im Ganzen äußerst gering, doch scheint es auch in dieser Woche, als wenn das Publikum sich etwas bebtigtheit. Der Geldstand blieb flüssig und hat sich die Befürchtung, als wenn durch die hoch siegenden kurzen Wechselkurse Gold exportirt werden würde, nicht bewortheit. In Spekulationspapieren war wenig Geschäft, Course fast dieselben wie in der vorvergangenen Woche. Nur österreichische Staatsbahn ließ nach, Course wenig beachtet, doch fest. In Bahnen entwidete sich ein lebhafteres Geschäft, besonders waren leichte Bahnen beliebt und teilweise höher. Auch Pfandbriefe waren besonders als Anlagepapier gefragt. Einzelne Industriepapiere, wie z. B. Maschinenfabrik Loewe, waren gefragt, in anderen wurde absolut nichts umgesetzt. Bergwerke ohne Veränderung und still. Wechselkurse ebenfalls unverändert. Die Nachricht, daß die österr. Regierung Auftrag gegeben, die rücksständigen Bonds einzulösen, mochte wenig Eindruck, ebenso der günstige Wochenausweis der preußischen Bank. Russische Papiere fast aber still, man erwartet baldigst die Emission der neuen Anleihe. Im Ganzen genommen, kann man wohl mit Zuversicht einem besseren Geschäft in der nächsten Woche entgegengehen, zumal wohl noch vielfach unausgeführt Oderes vorliegen.

Breslau, 12. September. [Bericht über den breslauer Produktienmarkt.] Preissnotierung per 100 Kilogramm netto. Effektiv-Geschäft. Weizen matt, weißer neuer 6½—7½—7½ Thlr. — Roggen fest, schleicher, neuer 5½—5½—6½ Thlr. — Gerste bebt., galv. — Thlr., schlech. neuer 5½—5½—6½ Thlr. — Hafer fest, neuer 5½—5½—5½ Thlr. — Erbsen begeht, Koch-Erbsen 6½—6½ Thlr. — Futter-Erbsen 6—6½ Thlr. — Brot-Erbsen 6—6½ Thlr. — Bohnen gefragt, schlechte 7½—8 Thlr. — Bohnen ohne Busch, schlech. 5½—6½ Thlr. — Lupinen beachtet, gelbe 5½—5½ Thlr. — Blaue 4—4½ Thlr. — Mais offeriri, 5½—5½ Thlr. — Delfsäaten niedriger. Winteraps 7—7½—8 Thlr. — Winterrüben 6½—7½—7½ Thlr. —

Sommerrüben 6½—7½—7½ Thlr. Dörrer 6½—7½—7½ Thlr. Schlagsen fest, 8—9—9½ Thlr. — Dattlamer unverändert, 7—7½ Thlr.

Breisnotierung per 50 Kilogramm netto. Rapsküchen fest, schleicher 2½—2½ Thlr. ungarischer 2½—2½ Thlr. — Kleesaat nominell, weiß 12—14—17—20 Thlr., rot 10—12—14½—15½ Thlr., schwedisch 18—19—21 Thlr., gelb 4—5½ Thlr. — Thymothee ohne Geschäft, 9—10—12 Thlr. — Leinluchen 24—25 Thaler.

Des jüdischen Festes wegen war der heutige Markt wenig besucht. Umsätze belaufen os.; Preise unverändert.

** Elbinger Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnmaterial in Bremen. In der am 10. Sept. stattgehabten Sitzung der Liquidationskommission wurde über die Seiten des Dr. Stromberg eingegangene Offerte beraten. Wie die „Altpr. B.“ erfährt, beschloß man, auf diese Offerte nicht einzugehen.

Vermisches.

* Breslau, 13. Sept. In der Reinigungsmaschine der Gebr. Stollerschen Mühle brach heute früh kurz vor 4 Uhr Feuer aus. Obgleich die Feuerwehr bereits sehrzeitig eintraf, konnte dieselbe doch nicht mehr das Feuer löschen, Herr werden, da auch das Mehlmagazin bereits in hellen Flammen stand, und ist die Mühle in wenigen Stunden bis auf den Grund niedergebrannt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene Fremde vom 13. September.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer Skrydlowski aus Potrowo, Iwonicz aus Biegano, Administrator Bułkowski aus Nagradowic, Achronom Bolland aus Silesianow, Techniker Somorok aus Wyżakow, Ingenieur Bandrow mit Mutter und Frau a. Warzau, die Bürger Olkowsk a. Polen, Klimanowski aus Osiel, Gutsbesitzer Drojecki aus Purdrowiec, Guts-Verwalter Kozyrowski aus Oberjerze.

STEIN'S HOTEL DE EUROPE Die Kaufl. Boetsch a. Leipzig, Kwiatowska aus Warschau, Löffler a. Magdeburg, Lieutenant Delder aus Glogau, Oberst Patsche aus Rendsburg, Rittergutsbesitzer Graf Krolowit aus Koblenz.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Chmielewski aus Breslau, Krynicki aus Polen, Gutsbesitzer Hoffmann und Frau aus Rothwitz, Bäcker Januszewski aus Osnizewko, Frau Jarwitz und Kinder Pydzy, die Kaufleute Friedeberg aus Breslau, Schuborn aus Rydt, Wilkes aus Barrien, Muritz a. Berlin, Eisenbahn-Maschinenmeister Latorowski aus Breslau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Rittergutsbesitzer Schwane aus Jaracza-Mühle, Betriebs-Kontrolleur Stebenrauch aus Cottbus, Administrator Wehner aus Weina, die Kaufleute Buhle und Müller aus Stettin, Adler aus Würzburg, Tull und Lubberg aus Berlin, Welszberger aus Breslau, Kühn aus Hamburg, Frau Naßl nebst Tochter aus Wongrowitz.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Major von Brauchitsch aus Witkow, die Rittergutsbesitzer Richter aus Eisle, Gilebrand mit Familie aus Schlevenow, Nodz aus Politz, von Kaltrich aus Weissensee, Nolling mit Familie aus Grawenzow, Stadtrichter Berger aus Breslau, Brz. Inspektor Döllner aus Berlin, Fabrikant Röhlisch aus Dresden, Frau Justizrat in Naglo aus Slimno, Lieutenant von Albenstein aus Witkow, Intendantur-Rath Jaquet aus Posen, Inspektor Kuers aus Dembno.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 14. September. Soviel bis jetzt bekannt ist, erhielten bei der gestern stattgehabten Ersatzwahl im Maine et Loire-Departement der Republikaner Maille 36,400, der Septennist Brus 22,212 und der Bonapartist Berger 19,172 Stimmen.

Die hochfeinen, frischen Danziger Speckstücke und große Speckunterteile empfiehlt als Delikatesse billig Kletschhoff, Krämerstraße 1.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 12. September. Der jüdischen Feiertage wegen kein Getreidemarkt.

Stettin, 12. September. Petrozum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 49 Pf. Schr fest.

Breslau, 12. September. Getreidemarkt. Weizen loco matt, auf Termine ruhig. Roggen loco flau, auf Termine matt. Weizen 12½-13½, pr. September 1000 Kilo netto 192 B., 191 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 193 B., 192 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 195 Br., 193 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 195 B., 193 G. Roggen pr. September 1000 netto 145 B., 144 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 147 B., 145 G., pr. Oktober-November-Dezember 1000 Kilo netto 147 B., 145 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 B., 151 G. Kaffee fest. Gerste fest. Rübbel behauptet, loco 55, pr. Oktober 54½, pr. Mai pr. 200 Bd. 57. Svirius fest, pr. September und pr.

